

Politische Theorie zwischen systemtheoretischer Analyse, Kapitalismuskritik und transkultureller Selbstreflektion

Ulrike Spohn*

Bericht zur Herbsttagung 2013 der Sektion *Politische Theorie und Ideengeschichte* zum Thema *Politische Theorie und Gesellschaftstheorie – zwischen Erneuerung und Ernüchterung*

Politische Theoriebildung setzt immer schon einen Begriff von Gesellschaft voraus und tut gut daran, die eigenen gesellschaftstheoretischen Grundannahmen zu reflektieren und zu explizieren. Auf ihrer Herbsttagung vom 25. bis 27. September 2013 in Heidelberg befasste sich die Sektion *Politische Theorie und Ideengeschichte* der DVPW allgemein mit der Frage der Rolle, die die Gesellschaftstheorie für die Politische Theorie spielt, und erkundete im Besonderen die Zusammenhänge zwischen politiktheoretischem Denken und unterschiedlichen Konzeptionen des Sozialen. Die sechs Panels und drei Keynotes und die darauffolgenden Diskussionen eröffneten sehr unterschiedliche Perspektiven im Hinblick auf die Frage, welches Rüstzeug eine gesellschaftstheoretisch informierte und reflektierte Politische Theoretikerin braucht: die nüchterne Abstraktionsfähigkeit einer luhmannianischen Analyse der Operationen funktional differenzierter Systeme, den Kampfgeist und das Bewusstsein für den emanzipatorischen Stachel einer kapitalismus[K]ritischen Theorie oder aber vor allen Dingen Urteilskraft im Sinne Han-

nah Arendts beziehungsweise, wie Michael Walzer einst formulierte, „Mut, Mitleid und ein gutes Auge“.

In seiner Einleitung spürte *Michael Haus* dem im Untertitel des Tagungsthemas benannten Spannungsverhältnis von Erneuerung einerseits und Ernüchterung andererseits nach, indem er drei Dimensionen aufzeigte, in denen Gesellschaftstheorien für Politische Theorie relevant sein können: einer konstitutionstheoretischen Dimension (Wie ist das Gesellschaftliche zu denken? Wie dann das Politische?), einer gesellschaftsdiagnostischen (Was macht die moderne Gesellschaft im Kern aus? Wo findet Politik darin ihren Platz?) und einer imaginativen (Welche Bilder der Gesellschaft können in politische Imaginative übersetzt werden?). Die konzeptionelle Herausforderung bestimmte Haus dahingehend, Konzepte und Diagnosen aus der Gesellschaftstheorie für die Politische Theorie fruchtbar zu machen, ohne sich von den internen Kontroversen der Gesellschaftstheorie absorbieren und lähmen zu lassen.

Klaus von Beyme zog in seiner virtuos, fachhistorisch angelegten Auftakt-Keynote zum Tagungsthema hinsichtlich des

* Ulrike Spohn, M. A., Universität Münster
Kontakt: ulrike.spohn@uni-muenster.de

Konjunkturverlaufs politiktheoretischer Denkströmungen eine Analogie zur Kunstwissenschaft, wo auf „Post-“ regelmäßig „Neo-“ folge. Es sei zu erwarten, dass auch die derzeitige Welle der „Postdemokratie“ bald durch eine Bewegung der „Neodemokratie“ abgelöst werde. Anschließend sondierte und sortierte *Uwe Schimank* das Feld der Gesellschaftstheorien anhand einer Dreiteilung in Differenzierungstheorien, Ungleichheitstheorien und Kulturtheorien. Dabei suchte er den Zusammenhang zur Problematik politischer Legitimation aufzuzeigen. Laut Schimank erwachsen aus den von den verschiedenen Theorietypen fokussierten Dimensionen des Sozialen jeweils spezifische Anforderungen an die Politik, die sich bei Nichtadressierung in Legitimationsprobleme zu übersetzen drohen. Die Autonomieansprüche der nach ihrer jeweiligen Eigenlogik operierenden gesellschaftlichen Teilsysteme (differenzierungstheoretischer Blickwinkel) können ebenso politischen Handlungsbeziehungweise Legitimationsdruck erzeugen wie wachsende Ungleichheit (ungleichheitstheoretischer Blickwinkel) oder die traditionsersetzende Dynamik eines unkontrollierten technischen Fortschritts (kulturtheoretischer Blickwinkel). Legt man eine komplexere Gesellschaftstheorie auf Basis einer Kombination der verschiedenen Elemente der drei großen Theoriefamilien zugrunde, ergeben sich nach Schimank „zusammengesetzte“ Legitimationsprobleme, was er am Beispiel des Umweltschutzes illustrierte. Der Umweltschutz gerate als politisches Ziel in Konflikt mit der Autonomie von gemäß ihrer Eigenlogik operierenden und somit gegenüber ökologischen Fragen indifferenten gesellschaftlichen Teilsystemen, mit den Ansprüchen auf gleiche Teilhabe an (Konsum-)gütern wie Fleisch oder Flugreisen sowie auch mit dem in der Kultur der Moderne verankerten Glauben an technischen Fortschritt. Weiter vertrat Schimank die These von einer kapitalistischen Überformung der drei von ihm ausgemachten gesellschaftlichen Ordnungslogiken, was zu „überformten“ Legitimationsproblemen führe. Als Bei-

spiel führte er hier die zunehmende Kommerzialisierung der medizinischen Versorgung an, welche Gesundheit als den eigentlichen Leitwert des medizinischen Systems zu überstrahlen (Differenzierungstheorie) beziehungsweise einer Zweiklassenmedizin Vorschub zu leisten drohe (Ungleichheitstheorie). Die Gesellschaftstheorie, so Schimank, könne der Politischen Theorie also dabei helfen, „Problemzonen der Legitimation“ zu identifizieren. Gleichzeitig gab sich Schimank zurückhaltend hinsichtlich der Möglichkeiten politischer Gestaltbarkeit. Einerseits erzeugten die vielschichtigen Legitimationsprobleme politischen Handlungsdruck, andererseits begrenzten sie jedoch gleichzeitig die Problembearbeitungskapazitäten der Politik, und abgesehen davon berge das Unterfangen politischer Gestaltung immer auch die Gefahr eines Scheiterns im Sinne totalitärer Entgleisung.

Das Verhältnis von Ökonomie und Politik, die Problematik der kapitalistischen Überformung von Gesellschaft und das Anliegen einer neuen Kapitalismusanalyse und -kritik zeichneten sich in mehreren Vorträgen als zentraler Ansatzpunkt für den Nexus zwischen Politischer Theorie und Gesellschaftstheorie ab. *Matthias Spekker* näherte sich der Thematik ideengeschichtlich mit einer Analyse der gesellschaftstheoretischen Grundannahmen Friedrich August von Hayeks und deren politiktheoretischen Implikationen, um so die ideellen Ermöglichungsbedingungen eines bis heute überaus einflussreichen Wirtschaftsliberalismus freizulegen. *Oliver Eberl* und *David Salomon* stellten unter Rekurs auf Colin Crouch und Wolfgang Streeck die Diagnose einer „postdemokratischen Konstellation“, fokussierten also das Phänomen einer Aushöhlung demokratischer Politik durch ein Umschlagen von – elitengezogener – ökonomischer in politische Macht. Eberl und Salomon entwarfen die Konturen eines Programms zur Erarbeitung einer Theorie „sozialer Demokratie“, die das Modell der Trennung von Politik und Ökonomie als zwei gleichrangigen gesellschaftlichen Sphären überwindet, eine Perspektive politischer

Ökonomie formuliert und darauf abzielt, „demokratische Kontrolle von unten“ zurückzugewinnen. *Michael Hirsch* bedauerte die aus seiner Sicht im Wissenschaftsbetrieb marginalisierte Rolle dezidiert linker Politischer Theorie in der Tradition der Frankfurter Schule und plädierte in seinem Vortrag für eine engagierte, praktisch gelebte Politische Theorie mit Emanzipation als erklärtem Erkenntnisinteresse. Er distanzierte sich von poststrukturalistischen, Paradoxien und Ambivalenzen betonenden Theorien, die sich zu einem hohen Grad hätten vereinnahmen lassen und deren emanzipatorisches Potenzial verschwinde. Dem setzte Hirsch die „Produktion normativer Eindeutigkeit“ als Aufgabe kritischer Politischer Theorie entgegen. Er wandte sich gegen eine Neutralisierung beziehungsweise Vereinnahmung kritischer Impulse durch einen neoliberalen Kapitalismus, gegen Tendenzen der „Entfremdung“ aufgrund von Spezialisierung und Spartendenken und postulierte eine „vielfältige Existenz“, das heißt die Möglichkeit eines jeden zur Teilhabe an allen Lebensbereichen jenseits von Leistungsimperativen, zur „emanzipatorischen Grundnorm“. Hirsch stand dazu, mit seinen gesellschafts- und politiktheoretischen Überlegungen ein „altmodisches Programm“ zu vertreten. Während er selbst für dieses überzeugt eintrat, wurde in der Diskussion zu seinem Vortrag aufgezeigt, wieso diese Art von kritischer Theorie heute möglicherweise die von Hirsch eingangs beklagte Randständigkeit besitzt. *Michael Haus* merkte an, ein Defizit dieses Denkens bestehe in seiner offenbar mangelnden Attraktivität ausgerechnet für diejenigen Personengruppen, für die es zu sprechen beanspruche. In diesem Zusammenhang wurde auch die Neigung zum Paternalismus auf Basis der Idee eines „falschen Bewusstseins“ angesprochen. Weitere Vorbehalte ergeben sich nach Haus aus der historischen Erfahrung des Umschlagens emphatischer Emanzipationsprojekte in Katastrophen. Darüber hinaus erweise sich Hirschs Emanzipationsverständnis im Sinne einer Teilhabe aller an allem schlicht als Ausdruck einer spezifischen,

keineswegs allgemein geteilten Vorstellung vom guten Leben, nämlich einer Form von „Ultraindividualismus“.

Hirschs Vortrag provozierte viele kritische Anmerkungen und Nachfragen, sensibilisierte durch seine Forderung eines Einbezugs von Fragen des guten Lebens in eine Theorie der gerechten Gesellschaft jedoch gleichzeitig für eine zentrale Schwachstelle heute dominanter politiktheoretischer Paradigmen, wie dem des politischen Liberalismus. *Rahel Jaeggi* problematisierte in ihrer Keynote „absichtlich philosophisch flache“ politische Theorien wie die von John Rawls. Sie forderte die bewusste Auseinandersetzung mit den sozialtheoretischen Grundlagen, den sozialontologischen Annahmen, die jeder politischen Theorie zugrunde liegen. Der zeitgenössische Liberalismus Rawls’scher Provenienz verdränge diese beziehungsweise reflektiere und/oder expliziere sie nicht ausreichend. Das „Faktum des vernünftigen Pluralismus“, das Rawls für seine politische Theorie zum Ausgangspunkt nimmt, sei sozialtheoretisch völlig unterbestimmt, so Jaeggi. Man erfahre nichts darüber, wie tief dieser Pluralismus sei, wie die vielfältigen umfassenden Doktrinen überhaupt entstanden seien und welche Rolle sie, beziehungsweise allgemeiner: Werte, für die Integration der Gesellschaft spielten. Gleiches gelte für andere Kernelemente von Rawls’ politischer Theorie, wie der Idee von Gesellschaft als eines Systems fairer Kooperation – auch hier bleibe unterbelichtet, welcher Art, welcher Gestalt diese Kooperation genau sei. Als Motiv dieser Vermeidung gesellschaftstheoretischer Tiefe nannte Jaeggi den Wunsch nach Neutralität und Konfliktvermeidung. Es sei jedoch fraglich, ob sich Gerechtigkeitsfragen unabhängig von ethischen Grundlagen diskutieren ließen. Wie Hirsch ging Jaeggi von einer engen Verknüpfung zwischen Gesellschaftsanalyse und -kritik aus, sodass aus ihrer Sicht die Vermeidung von Gesellschaftstheorie nicht folgenlos für die Möglichkeit von Kritik bleiben kann. Die These, Gesellschaftsanalyse sei immer auch schon Gesellschaftskritik, die in den Vorträ-

gen von Hirsch, Jaeggi sowie auch *Markus Baum* (zu Axel Honneths *Das Recht der Freiheit*) anklang, sorgte für Diskussion. Cord Schmelzle sah darin einen naturalistischen Fehlschluss: Kritik könne nicht aus der Analyse von Gesellschaft – der Dimension des Seins – abgeleitet werden, sondern lasse sich allein aus Normen – der Dimension des Sollens – generieren. Jaeggi verwies demgegenüber darauf, dass das Sein, also die gesellschaftlichen Institutionen, selbst normativ verfasst, von normativen Ideen durchdrungen seien und nicht bloß „funktionierten“ – ihre Funktionen seien Funktionen in Bezug auf *etwas*.

Während die Politischen Theoretikerinnen und Theoretiker, wie Hirsch, Jaeggi, Eberl und Salomon sowie auch *Alexander Weiß*, der Luhmanns Systemtheorie auf ein mögliches emanzipatorisches Potenzial hin auslotete, oder *Daniel Baron*, der Hannah Arendts liberalen Republikanismus mit Ulrich Becks Theorie reflexiver Modernisierung in Dialog brachte, stärker die Frage der Erneuerung fokussierten, schien der Soziologe *Heinz Bude* eher für Ernüchterung sorgen zu wollen. In seiner Keynote zeichnete Bude ein recht düsteres Bild der gegenwärtigen Lage auf breiter Front: eine wachsende Spaltung zwischen einer oberen und einer unteren Mittelklasse, zwischen Hoch- und Niedrigqualifizierten, zwischen Migrationsgewinner/-innen und Migrationsverlierer/-innen; ein wachsendes Heer an nichtvermittelbaren Dauerarbeitslosen, deren Zahl die Behörden verschwiegen; ein hochdynamisierter Arbeitsmarkt, der eine Gruppe „ironisch-zynischer Proletarisierter“, das heißt Vollzeit schuftender Niedriglöhner/-innen, sowie eine Gruppe „naiv-tragischer“, auf Besserung hoffender „Prekarisierter“ produziert habe; eine Beherrschung der Politik durch territorial orientierte Populisten/-innen einerseits und von der Lebensrealität vieler Menschen weit entfernter technokratischer Postnationalisten/-innen andererseits; eine demoralisierte, apokalyptisch gestimmte journalistische Klasse sowie nicht zuletzt desorientierte Männer, die mit den durch die

Transformation der Geschlechterverhältnisse entstandenen neuen Rollenanforderungen nicht klar kämen. Bude warf die Frage auf, wie Gesellschaften unter diesen Bedingungen noch über „Zukunft“ nachdenken und sprechen könnten. Dies sei außerordentlich schwierig, denn man lebe nicht in einer kommenden, sondern in einer vergehenden Zeit – alles, was man zu erwarten habe, seien unlösbare Probleme. Die Politik betreibe nur noch Konsolidierung, erkläre sich aber nicht länger zuständig für Zukunftsproduktion – dies solle die Zivilgesellschaft erledigen. Diese finde sich jedoch verfangen in einer Dynamik von Misstrauen und Renitenz, Empörung und Verzweiflung. Der Erfolg zeitgenössischer politischer Bewegungen von den deutschen „Piraten“ bis zu der US-amerikanischen „Tea Party“ sei Ausdruck der Tatsache, dass Misstrauen heute mehr vergemeinschete als Vertrauen. Bude stellte die Frage in den Raum, ob es den OECD-Staaten heute noch gelingen könne, irgendeine sich mit dem Gesellschaftsbegriff verbindende Utopie zu retten. Zuversicht und Optimismus taugten in diesem Zusammenhang jedenfalls nicht als Leitkategorien. Bude schloss seinen Vortrag dann jedoch mit einer überraschenden Pointe, indem er unter Rekurs auf den protestantischen Theologen und Religionsphilosophen Paul Tillich *Hoffnung* als die angemessene Gegenposition zur „vollendeten Resignation“ identifizierte.

Einige der von Bude vertretenen sozial- und politiktheoretischen Standpunkte gaben Anlass zu kritischen Nachfragen. Bude wandte sich recht scharf gegen konstruktivistische Positionen, woraufhin Markus Llanque anmerkte, bei der Konstruktion von gesellschaftlicher Wirklichkeit handle es sich ja nicht gleichsam nur um theoretische Fantasien, sondern um eine sehr reale gesellschaftliche Praxis, wie sich an dem Feld der *identity politics* deutlich zeige. Auf die Nachfrage hin, wie sich unter den schwierigen herrschenden Rahmenbedingungen heute am ehesten eine Inklusion der Ausgeschlossenen bewerkstelligen lassen könnte, reagierte Bude mit dem Vorschlag einer Rehabilitierung

des Konzepts des Paternalismus im Sinne der Schaffung einer adressierbaren Instanz des „Kümmerns“. Sybille De la Rosa warf daraufhin ein, ob anstatt eines neuen Paternalismus nicht eher eine Haltung der Solidarität als die angemessene Reaktion auf Exklusionstendenzen angezeigt sei. Hier klang also die Frage nach der Rolle von Eliten an – ein Thema, dem sich *Grit Straßenberger* in ihrem Vortrag über die Elitetheorien von Robert Michels, Ralf Dahrendorf und Hans Peter Dreitzel annahm. Sie forderte, Fragen des „Führens und Geführtwerdens“ in den Fokus von Demokratietheorie zu rücken. Keinen Hehl machte Bude aus seiner Abneigung gegenüber Theorien kultureller Diversität und einer Politik des Multikulturalismus. Die Kategorie der Kultur sei „gefährlich“, sie verhindere ein Gespräch über das, was alle gemeinsam angehe, ja der Rekurs auf Kultur komme einer „Stopp-Regel“ für Kommunikation gleich. Die Leute seien „müde“ geworden von „dem ganzen Diversitätszeugs“, so Bude, man solle „das lassen“.

Eine Herausforderung für gesellschafts- und politiktheoretische Perspektiven, die wie Bude den Gesellschaftsbegriff mit der Idee einer „Einheit“, eines „allen Gemeinsamen“ verknüpfen wollen – *Hans-Jörg Sigwart* sprach in seinem Vortrag von dem „Ganzen der Gesellschaft“, das er allerdings gemäß poststrukturalistischer Dialektik pluralistisch, konflikthaft und stets vorläufig verstanden wissen wollte –, bildete das von *Holger Zapf*, *Jörn Knobloch* und Sybille De la Rosa als Kommentatorin bestrittene Abschlusspanel zu den Ansätzen einer transkulturellen Politischen Theorie. Denn diese hinterfragen auf Basis der Prämisse kultureller Differenz Vorstellungen von einer allen gemeinsamen, geteilten Identität, einem einheitsstiftenden Rahmen und greifen dabei bis auf die Ebene von Theorie- und Begriffsbildung selbst durch. Das heißt, Gesellschaftstheorie und Politische Theorie werden selbst historisch und kulturell kontextualisiert. Holger Zapf lenkte die Aufmerksamkeit auf den Ethnozentrismus der sich als universal gerierenden westlichen Gesellschaftstheorie

und forderte unter Rekurs auf Donna Haraway dazu auf, Gesellschaftstheorie und Politische Theorie in Begriffen eines „situierten Wissens“ zu verstehen und dem „God trick“ (Haraway) eines – vermeintlich – ursprungs- und ortlosen Blicks zu widerstehen. Zapf referierte zentrale Punkte der postkolonialen Kritik an der westlichen Gesellschaftstheorie. Modernisierungstheorien von Habermas über Giddens und Beck bis hin zu Lyotard porträtierten neuzeitliche westliche Gesellschaften nicht als einen spezifischen Fall von sozialer Ordnung, eine besondere Konfiguration von Wissen und Macht, sondern als universales Modell, an dem Gesellschaften weltweit gemessen werden könnten. Der evaluative Charakter modernisierungstheoretischer Begriffe verunmögliche es, alternative, lokal spezifische Problemlösungsstrategien als solche zu würdigen. Exklusionseffekte ergäben sich weiter aus hierarchisierenden Dichotomien, wie „Moderne“ versus „Tradition“, „erste“ versus „dritte“ Welt. Die moderne westliche Identität konstituiere sich durch dieses *othering*, also durch die Abgrenzung von einem – als unterlegen dargestellten – „Anderen“. Ausgeblendet bleibe die Verflechtung der Geschichte des modernen Westens mit der seiner ehemaligen Kolonien, deren ökonomische Ausbeutung den Aufstieg westlicher Gesellschaften ganz wesentlich ermöglicht habe. Während Zapf sich auf die postkoloniale Kritik an den Modernisierungstheorien des 20. Jahrhunderts beschränkte, arbeitete *Elisabeth Conradi* in ihrem Vortrag heraus, wie ein westlicher Ethnozentrismus den gesamten Kanon der westlichen Ideengeschichte durchzieht. Von Platon über Rousseau bis hin zu Mill und Kant zeige sich die hierarchisierende Konstruktion eines „Standardmenschen“ (weißer, europäischer Mann) mittels dessen Abgrenzung von differenten, als „abweichend“ dargestellten Identitäten (Frauen, Nichteuropäer/-innen). Dieser Effekt ergebe sich entweder aus der Nichtthematisierung und somit Invisibilisierung Letzterer oder aber ihrer expliziten Erwähnung bei gleichzeitiger Etikettierung als Angehörige einer Gruppe der „Besonderen“.

Zapf verlangte die Anerkennung der Tatsache, dass Gesellschaftstheorien und politische Theorien selbst zutiefst in politische Kämpfe verstrickt seien, und schlug vor, Theorien auf solche Verstrickungen hin zu untersuchen. Der Idee der Möglichkeit einer universalen Gesellschaftstheorie erteilte er eine klare Absage. Gleichzeitig sei es aufgrund der heute allgegenwärtigen globalen Interferenzen und Interdependenzen nicht möglich, sich bei der Theoriebildung einfach auf den eigenen lokalen Kontext zu beschränken. Auch könne Politische Theorie nicht auf evaluative Konzepte verzichten. Die sich daraus notwendig ergebenden Probleme könnten jedoch nur reflektiert, nicht aber abschließend gelöst werden, konkludierte Zapf. Sybille De La Rosa schlug in ihrem Kommentar vor, Gesellschaftstheorien und politische Theorien einem „transkulturellen Stresstest“ zu unterziehen. Thomas Saretzki und Emanuel Richter forderten in der Diskussion zu Zapfs Vortrag, dass aber

auch eine transkulturelle Politische Theorie selbst ihren Standpunkt reflektieren müsse. Offenbar stünden hier ja ebenfalls Vorstellungen vom Richtigen und Wirklichen im Hintergrund, meinte Saretzki. Richter gab zu bedenken, das Paradigma einer selbstkritisch reflektierten, Partikularität und Kontingenz betonenden transkulturellen Politischen Theorie könne womöglich selbst wiederum als ein „letztes Aufbäumen“ des Westens mit seinem Anspruch universalen Theoriebildung interpretiert werden. Fraglos steht die – zumindest in der Politikwissenschaft – noch junge Theorieperspektive einer für kulturelle Differenzen sensiblen Annäherung an politik- und gesellschaftstheoretische Fragestellungen vor Herausforderungen. Gleichwohl warf das Abschlusspanel zur transkulturellen Politischen Theorie fundamentale Fragen hinsichtlich der Möglichkeit von Politischer Theorie und Gesellschaftstheorie auf, deren Zurkenntnisnahme und Bearbeitung sich die Disziplin nicht entziehen kann.